

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 26. FEBRUAR 2019



## ANTRAG **ABBIERGEASSISTENTEN: BREMEN GEHT MIT GUTEM BEISPIEL VORAN**

**Immer wieder kommt es zu tödlichen Unfällen von Radfahrerinnen und Radfahrern mit rechts abbiegenden LKW. Bremen soll daher nun Maßnahmen ergreifen, um diese Unfälle verhindern zu helfen. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. So sollen LKW der Stadtgemeinde oder der Eigenbetriebe nur noch mit Abbiegeassistenten gekauft werden. Auf Bundesebene soll sich der Senat zudem für eine EU-weite, verpflichtende Einführung dieses technischen Hilfsmittels stark machen. Denn Heike Sprehe, verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, ist überzeugt: „Jeder Abbiegeassistent hilft, Leben zu retten.“**

„Über die Gefahr des toten Winkels und die Notwendigkeit von Abbiegeassistenten haben wir hier in der Bürgerschaft schon einmal im Mai 2017 debattiert“, sagte Heike Sprehe heute in ihrer Rede. Die EU sehe nach derzeitigem Stand aber erst ab dem Jahr 2024 den verpflichtenden Einbau von Abbiegeassistenten in LKW vor – also eines technischen Systems, das Radfahrer oder Fußgänger auch an Stellen erkennt, die für den Fahrer nicht einsehbar sind und diesen warnt. Zudem, so erklärte Sprehe, solle diese verpflichtende Regelung nur für Neufahrzeuge gelten. Das Bundesverkehrsministerium habe wiederum ein Förderprogramm aufgelegt, das fünf Millionen Euro pro Jahr für die freiwillige Nachrüstung von LKW und Bussen mit einem Gewicht über 3,5 Tonnen bereitstelle. „Diese Mittel waren jedoch schnell erschöpft, und hier ist dringend eine Aufstockung nötig“, so Sprehe. „Ich fordere den Bundesverkehrsminister dringend dazu auf, dies schnellstens zu realisieren.“

Die Bürgerschaft hat heute einen Antrag der rot-grünen Koalition beschlossen, durch den Bremen mit gutem Beispiel

vorangehen soll. So sollen die Stadtgemeinde oder ihre Eigenbetriebe nur noch LKW anschaffen, die einen solchen Abbiegeassistenten haben. Soweit dies technisch und finanziell sinnvoll ist, sollen die 130 städtisch betriebenen LKW zudem umgerüstet werden. Außerdem soll der Senat bei Anstalten und Beteiligungen auf eine Nachrüstung hinwirken, sich in Gesprächen mit der Speditionswirtschaft für einen freiwilligen Einbau von Abbiegeassistenten stark machen und sich einer Bundesratsinitiative anschließen, die eine EU-weit verpflichtende Einführung dieser Systeme fordert.

Ein positives Beispiel sei etwa die Bremer Stadtreinigung, hob Sprehe hervor. Denn dort würden ältere Fahrzeuge nachgerüstet, und die 122 neu angeschafften LKW seien mit Abbiegeassistenten ausgestattet. Mit



Heike Sprehe

Interesse verfolge sie zudem, dass Berlin derzeit rechtlich prüfen lasse, ob nach einer Übergangszeit nur noch LKW mit Abbiegeassistenten in die Stadt gelassen werden dürfen. Gegebenenfalls sei dies dann auch auf Bremen übertragbar.

Eine Absage erteilte Sprehe der Forderung der FDP nach der Einführung des sogenannten Bike-Flash-Systems – eines stationären Systems, das die Kraftfahrer vor schwächeren Verkehrsteilnehmern warnt. Der Fachausschuss der Verkehrsminister halte dieses System für unzulässig, argumentierte sie. Zudem seien diese Systeme, selbst wenn sie zulässig wären, nur an Einzelkreuzungen sinnvoll. Sprehe: „Die Wirklichkeit zeigt aber, dass jede Kreuzung bei abbiegenden LKW ein Gefahrenort für Radfahrer und Fußgänger ist. Der Abbiegeassistent ist daher das Mittel der Prävention. Immer und überall.“

> Antrag: Einführung von Abbiegeassistenten: Bremen muss mit gutem Beispiel vorangehen  
<http://tiny.cc/abbiegeassistenten>

## FRAGE **GEFAHR DURCH STEIGENDES GRUNDWASSER?**

Der Klimawandel ist ein reales Problem – neben dem Meeresspiegel kann, bedingt durch unterschiedliche Ursachen, mancherorts auch der Grundwasserspiegel steigen. Ob dies auch in Bremen passieren kann oder bereits passiert ist, und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den Grundwasserspiegel auf einem konstanten Niveau zu halten, wollte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Antje Grotheer, heute in der Fragestunde wissen.

„Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr unterhält seit Mitte der 1950er Jahre ein Grundwasserniveaumessnetz mit umfangreichem Datenbestand“, erklärte Umweltsenator Joachim Lohse für den Senat. „Aktuell wird der Grundwasserstand durch circa 200 Grundwasserniveaumessstellen überwacht.“

Ob der Klimawandel in Bremen bereits zu höheren Grundwasserständen geführt habe, habe man bereits 2016 untersucht. Der Geologische Dienst sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass kein Anstieg der mittleren Grundwasserstände erkennbar sei. Die Daten seien auch vor dem Hintergrund des Klimawandels analysiert worden, berichtete Lohse. Der



Antje Grotheer

Senat wolle jetzt neue Messpunkte einrichten und das bestehende Messnetz optimieren.

Die Überwachung des Grundwasserpegels sei ein Kernpunkt der Klimaanpassungsstrategie, auch

aus dem Grund, dass die Bremer Häuser vergleichsweise nah am Grundwasser gebaut seien. Eine Grundwassererhöhung durch ausbleibende Trinkwasserentnahme, wie erst kürzlich in Delmenhorst geschehen, sei in der Stadt Bremen jedoch nicht zu erwarten, so Lohse. In Bremen werde – mit Ausnahme von Bremen Nord – kein Trinkwasser entnommen.

Über die Gefahren, die durch steigendes Grundwasser, aber auch durch die Einflüsse von Sicker- oder Stauwasser, Bodenfeuchte oder den Abfluss von Niederschlag für die Bausubstanz von Gebäuden entstehen könnten sowie über mögliche Schutzmaßnahmen informiere der Senat in einer Broschüre, die auch im Internet abrufbar sei, so Lohse abschließend.

## FRAGE **MOIA-ANGEBOT NACH HANNOVER UND HAMBURG AUCH IN BREMEN?**

MOIA – ein Ridesharing-Konzept, das auf Apps und Kleinbusse setzt – wurde laut Presseberichten erfolgreich in Hannover getestet, und beginnt nun auch in Hamburg mit einer Testphase. Der SPD-Abgeordnete Sükrü Senkal wollte daher heute vom Senat wissen, ob Ridesharing-Angebote wie MOIA auch in Bremen möglich wären.

„Grundsätzlich steht der Senat neuen Angebotsformen im ÖPNV aufgeschlossen gegenüber“, erklärte Verkehrssenator Joachim Lohse heute für den Senat in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft.

Derartige On-Demand-Angebote hätten das Potential, unter bestimmten Voraussetzungen eine sinnvolle Ergänzung zu sein.



Sükrü Senkal

Zwar sei der Senat mit Hannover und Hamburg im Gespräch, um Erfahrungen auszutauschen, doch ein Ridesharing-Dienst wie MOIA wäre nicht im Sinne des Senats, erläuterte Lohse.

Denn statt die Zahl der PKW im Stadtgebiet zu verringern und auf den Umweltverbund, bestehend aus Bus, Bahn, Rad- und Fußverkehr, umzuleiten, würde ein solches Ridesharing-Angebot nach Ansicht des Senats eher das Gegenteil bewirken. Es sei diesem zudem ein Anliegen, den ÖPNV zu ergänzen, beispielsweise zu Zeiten und in Gebieten, in denen Bus und Bahn unregelmäßig oder nur in niedriger Taktung fahren würden. Ein Unternehmen wie MOIA sei allerdings eher am Stadtkern interessiert und würde dort in scharfer Konkurrenz zur BSAG treten.